

FORUM

Aktuelles aus der dbb frauenvertretung Hessen

Ausgabe November/Dezember 2005

„Die kürzesten Wörter
nämlich JA
und NEIN
erfordern auch
das meiste Nachdenken.“

Pythagoras

- **„Audit Beruf & Familie“** Anschreiben an Sozialministerin Silke Lautenschläger
- **Familien in Deutschland! Kosten tragen Eltern – Nutzen die Allgemeinheit**
- **Steigerung um 26 Prozent: Kleinkinder in Manhattan**
- **2004: 282 000 Großfamilien in Deutschland**
- **Bundesgesetze kostenlos im Internet verfügbar**
- **Männer in Teilzeit: Steigerung auf rund 15 Prozent**
- **Der Seminar-Tipp: Self-Empowerment – Die eigenen Stärken sehen**

„Audit Beruf & Familie“ Anschreiben an Sozialministerin Silke Lautenschläger

Nachdem wir im Rahmen unserer letzten Landeshauptversammlung eingehend über den Nutzen und die positiven Auswirkungen des „Audit Beruf & Familie“ von Seiten der Auditorin Ursula Nicola-Hesse informiert worden sind, stellte sich für die Landeshauptversammlung die Frage der Finanzierbarkeit der Kosten für die Zertifizierung. Da in Hessen derzeit keine Fördermöglichkeiten von Seiten der Hessischen Landesregierung z. B. aus den Mittel des Europäischen Sozialfonds vorhanden sind, wurde angeregt, diesbezüglich das Hessische Sozialministerium anzuschreiben. Das entsprechende Anschreiben ist nachfolgend zu Ihrer Information abgedruckt.

Hessisches Sozialministerium
Frau Staatsministerin
Silke Lautenschläger
Dostojewskistr. 4

65 187 Wiesbaden

Groß-Gerau, 25. November 2005

„Audit Beruf & Familie“

Sehr geehrte Frau Staatsministerin.

mit großem Interesse habe ich Ihre Ausführungen im Rahmen der Fachtagung „Lobby für Chancengleichheit“ am 10. November 2005 in Frankfurt/Main zur Kenntnis genommen. Sie forderten die hessischen Unternehmen und Verwaltungen auf, die Umsetzung von Chancengleichheit für Frauen und Männer im Wirtschaftsleben als Erfolgsfaktor zu sehen, durch den sich mehr Effektivität erzielen lasse. Sie führten aus, dass die Chancengleichheit als Strategie kein Sonderweg sein dürfe, sondern in der Unternehmensführung, Personal- und Organisationsentwicklung sowie in der Personalsteuerung systematisch eingeplant werden müsse. Hierfür sei ein planvolles strategisches Vorgehen entscheidend. Die Umsetzung der Chancengleichheit von Männern und Frauen, so Ihre Ausführungen, müsse von den Verwaltungen und Unternehmen gezielt in deren tägliches Handeln integriert werden.

Diese Aussagen unterstützt die dbb Frauenvertretung Hessen.

Studien, wie die seitens der Beruf @ Familie gGmbH in Auftrag gegebene Studie (Emnid, 2002), kommen ebenfalls zu dem Ergebnis, dass im Falle der Ausgewogenheit von Mitarbeiter- und Unternehmensinteressen beide Seiten profitieren: In 70 Prozent der Fälle steigt die Qualität der Arbeit, in 85 % der Fälle steigen Motivation und Zufriedenheit.

Ein Instrument zur Erreichung der Chancengleichheit ist unseres Erachtens auch das „Audit Beruf & Familie“, eine Initiative der Gemeinnützigen Hertie Stiftung. Das Audit Beruf & Familie ist ein strategisches Managementinstrument, welches in Unternehmen und Behörden einen Prozess zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie initiiert. Nach Aussagen der Stiftung entwickelte es sich in den letzten Jahren zu einem anerkannten Qualitätsstandard familienbewusster Personalpolitik in Behörden und Unternehmen. Die Tatsache, dass Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft (Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Bundesverband der Deutschen Industrie, Zentralverband des Deutschen Handwerks) das Audit empfehlen, spricht für sich. Als sehr positiv ist zu bezeichnen, dass in Hessen neben zahlreichen Unternehmen auch Ihr Ministerium, das Hessische Ministerium der Finanzen sowie die Hessische Staatskanzlei über das Zertifikat verfügen. Es wäre wünschenswert, wenn weitere hessische Behörden und Unternehmen die Zertifizierung anstreben würden.

Allerdings ist die Zertifizierung mit Kosten verbunden, welche von den jeweiligen Behörden und Unternehmen getragen werden müssen. Für Unternehmen, öffentliche Einrichtungen mit bis zu 500 Beschäftigten und gemeinnützige Institutionen besteht zurzeit die Möglichkeit, auf Antrag eine finanzielle Förderung zur Durchführung des Audits Beruf & Familie von Seiten der Gemeinnützigen Hertiestiftung zu erhalten. Neben der Beruf & Familie gGmbH unterstützen mittlerweile auch Bundesländer, wie z. B. Rheinland-Pfalz und Niedersachsen den Erwerb des „Audit Beruf & Familie“.

Im Bundesland Hessen gibt es leider keine Fördermöglichkeiten.

Wir würden es sehr begrüßen, wenn auch das Bundesland Hessen, welches im Bereich der Familienpolitik sehr rege ist, die politische Weichenstellung durch Einstellung von finanziellen Mitteln im Landeshaushalt auch für diesen Bereich untermauern würde. Denkbar wäre es beispielsweise, hierfür auch die dem Land Hessen zur Verfügung stehenden Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds zu verwenden. Da die Förderung des Audits Beruf & Familie nach den momentan in Hessen geltenden Förderrichtlinien nicht möglich ist, wäre die Erweiterung angeraten. Sollte eine Verankerung für den laufenden Förderzeitraum nicht mehr realisierbar sein, so könnte man dies vielleicht ab Beginn des Förderzeitraums 2007 bis 2013 ins Auge fassen.

Mit dieser Maßnahme würden Sie – gerade auch nach der Erhöhung des Etats für die Offensive Kinderbetreuung – einmal mehr zeigen, dass Familienpolitik für die Hessische Landesregierung weiterhin „TOP 1“ ist.

Mit den besten Grüßen
Ute Wiegand-Fleischhacker
Vorsitzende

Familien in Deutschland !

Kosten tragen Eltern – Nutzen trägt die Allgemeinheit

Im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung erstellte das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, welches im Jahr 1949 als unabhängige gemeinnützige Forschungseinrichtung gegründet worden ist (das Kürzel „ifo“ bedeutet Information und Forschung), die Studie „**Starke Familien**“. Diese wurde im Rahmen einer Pressekonferenz, welche von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a.D. geleitet wurde, am 15. Dezember 2005 vorgestellt und Bundesfamilienministerin von der Leyen übergeben. **Mitglieder der Kommission** „Familie und demographischer Wandel“ der Robert-Bosch-Stiftung waren die Hannoversche Bischöfin Dr. Margot Käßmann, der Familienforscher Professor Hans Bertram, der Steuerexperte Professor Paul Kirchhof, Professor Hans-Werner Sinn, Professor Frans Willekens sowie die Journalistin Elisabeth Nlejahr.

Die Kommission hatte sich zum Ziel gesetzt, die Faktoren, welche sich in den Familien zu einer Entscheidung „pro“ Kinder auswirken, zu hinterleuchten. Eine große Bedeutung spielen hier das gesellschaftliche Umfeld, Wertvorstellungen, das Rollenverständnis, sowie die ökonomischen Einflüsse der Lebensplanung. Ebenso wurde das Kosten-Nutzen-Verhältnis von Kindern für die Gesellschaft (**fiskalische Bilanz**) beziffert. Die zur Erstellung notwendigen Daten lieferten neben dem ifo Institut in München auch das NIDI-Institut, Den Haag und der Humboldt-Universität zu Berlin.

Der regierungsunabhängigen Kommission befasste sich in der Studie mit folgenden Aspekten

- Familien und Gemeinsinn – Solidarität und Subsidiarität
- Lebensläufe und Kinder
- Familienpolitik als Zukunftspolitik
- Gesellschaftlicher Stellenwert und Schutz der Familie
- Der gesellschaftliche Nutzen der Familie – Fiskalische Effekte von Kindern

Der Studie zufolge bedeutet die Erziehung eines Kindes für die Eltern, dem Staatshaushalt ein kleines Vermögen zur Verfügung zu stellen – zum Nutzen der Allgemeinheit.

Nachfolgend gebe ich Ihnen einen Überblick aus den Ergebnissen der Studie (Quelle: Robert-Bosch-Stiftung, Stuttgart):

- **Familie ist, wo Kinder sind**
 - Für die Familienpolitik kommt es aus Sicht der Kommission nicht darauf an, ob es sich um Familien im rechtlich verfassten Rahmen handelt. Das Grundgesetz verpflichtet den Staat in Artikel 6 Absatz 3 Grundgesetz, Ehe und Familie unter den besonderen Schutz zu stellen und infolge dessen auch die allein Erziehenden in diesen Schutz mit einzu beziehen.

- **Das deutsche Steuer- und Sozialsystem diskriminiert die Familie**
 - Die Belastungen von Familien gegenüber Kinderlosen sind von nicht untergeordneter Bedeutung, so die Ausführungen der Kommission. Die Kostentragung erfolge weitgehend im familiären Bereich, während der Nutzen der Kinder der Gesellschaft im Allgemeinen zugute komme. Gerechte Familienpolitik habe den angemessenen Ausgleich zwischen den privaten Lasten und den öffentlichen „Gewinnen“ jeder Investition in Kinder als grundsätzliche Bedingung. Die Studie „Die fiskalische Bilanz von Kindern im deutschen Steuer- und Sozialsystem“ zeige, dass sich auf Grundlage der Bedingungen der heutigen Systeme über den gesamten Lebenszyklus eines Kindes mit durchschnittlichem Erwerbsverhalten und Einkommen ein Lebenszyklusüberschuss zugunsten der Allgemeinheit von fast 80.000 Euro ergebe.
- **Das Ehegattensplitting muss um das Familiensplitting erweitert werden**
 - Die Kommission legt dar, dass die Erwerbsgemeinschaft der Eheleute durch Einbeziehung der Kinder in das Familiensplitting erweitert werden muss.
- **Die Diskriminierung der Familie im geltenden Rentensystem muss beseitigt werden**
 - Familienleistungen, so führt die Kommission aus, bleiben im derzeitigen Alterssicherungssystem größtenteils unberücksichtigt. Es könne die Illusion aufkommen, dass die Absicherung im eigenen Alter dank der kollektiven Sicherungssysteme auch ohne eigene Kinder möglich sei. Dies sei auf die Sozialisierung des „Nutzens von Kindern“ zurückzuführen. Der Umbau der des umlagefinanzierten Rentensystems sei dringend angeraten.
- **Der Kündigungsschutz sollte familienfreundlicher gestaltet werden**
 - Durch Einbeziehung von sozialen Auswahlkriterien bei betriebsbedingten Kündigungen könne vor allem der Schutzwürdigkeit von allein erziehenden Vätern und Müttern Rechnung getragen werden.
- **Die Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit muss selbstverständlich werden**

Weitere Informationen: www.bosch-stiftung/demographischerwandel.de.

Steigerung um 26 Prozent: Kleinkinder in Manhattan

Selbst für Expertinnen und Experten eine Überraschung: Eine deutliche Wende in der Anzahl der Kleinkinder bis zum 5. Lebensjahr im New Yorker Stadtteil Manhattan. Ein Plus von 26 Prozent konnte verzeichnet werden. Dies veranlasst die Soziologieprofessorin Kathleen Gerson im Gespräch mit der „New York Times“ dazu, zuerst einmal zu eruieren, worauf die Steigerung zurückzuführen sei. Als Möglichkeiten hierfür werden in Erwägung gezogen, dass Einwanderer entscheidend zur Steigerung beigetragen haben könnten. Ein anderer Grund könnte sein, dass sich Familien gezielt dafür entschieden haben könnten, in der Metropole zu bleiben, anstatt ins Grüne zu ziehen. Auch das inzwischen entscheidend verbesserte Schulsystem scheint hier eine entscheidende Rolle zu spielen.

2004: 282 000 Großfamilien in Deutschland

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im März 2004 rund 39,1 Millionen Haushalte in Deutschland. Hiervon leben in 282 000 Haushalten (0,7 Prozent) drei und mehr Generationen (Großeltern, Eltern und Enkel und eventuell Urenkel) zusammen. Das zeigen die Ergebnisse des Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. In den letzten Jahrzehnten hat der Anteil der Mehrgenerationenhaushalte immer mehr abgenommen. Waren es 1972 im früheren Bundesgebiet mit 768 000 noch 3,3% aller Haushalte, so sank dieser Anteil im April 1991 mit 345 000 Haushalten schon auf 1,2%. Der Anteil dieser Haushalte lag 1991 mit 1,3% (84 000 Haushalte) in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur unwesentlich höher. (Quelle: Statistisches Bundesamt)

Bundesgesetze kostenlos im Internet

Seitens des Bundesjustizministeriums wurden nun ein kostenloser Internetzugang für rund 5000 Gesetze und Rechtsverordnungen frei geschaltet. Nach Auskunft des Ministeriums ist nun das komplette Bundesrecht, welches durch die Dokumentationsstelle des Ministeriums ständig aktualisiert werde, online abrufbar. Die Suche kann unter der Internetadresse www.gesetze-im-internet.de sowohl als Volltextsuche als auch in alphabetischer Weise erfolgen. Das Internetangebot, so führt das Ministerium aus, ist ein Gemeinschaftsprojekt mit der Juris GmbH.

Männer in Teilzeit – Steigerung auf rund 15 Prozent

Aus einer aktuellen Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) geht hervor, dass der Beschäftigungsgrad von Frauen in Deutschland mit 49 Prozent zu Buche schlägt. Noch im Jahr 1991 betrug dieser 44 Prozent. Diese Zahl ist in der Relation hoch. Da stellt sich die Frage nach der Höhe des durchschnittlichen Arbeitsanteils. Die Studie **„Frauen am Arbeitsmarkt: Beschäftigungsgewinne sind nur die halbe Wahrheit“** gibt Aufschluss hierüber: Der Arbeitsanteil liegt bei 41 Prozent. Hintergrund ist, dass Frauen zu rund 75 Prozent eine Teilzeitbeschäftigung und nur zu knapp 25 Prozent eine Vollzeitbeschäftigung ausüben. Unterschiede gibt es hier zwischen den alten und den neuen Bundesländern insoweit, dass Frauen in den neuen Ländern öfter eine Vollzeitbeschäftigung ausüben, als im Westen. Der Studie zufolge spielt die im Osten besser ausgebaute Kinderbetreuung eine Rolle. Allerdings ist eine deutliche Steigerung des Anteils der Männer in Teilzeitbeschäftigung auf rund 15 Prozent zu verzeichnen. Unterschiede zeichnen sich hier in der Erwerbsbiographie ab: Frauen arbeiten zu einem großen Teil ihres Erwerbslebens in Teilzeit, Männer nutzen die Teilzeitbeschäftigung oft zu Beginn und zum Ende des Erwerbslebens. Der Mikrozensus 2004 zeigt auf, dass im Osten als Grund für die ausgeübte Teilzeitbeschäftigung ein Mangel an Vollzeitstellen angeführt wird, im Westen die Ausübung einer familiären Verpflichtung. Die IAB-Studie ist im Internet (www.iab.de) unter dem Link <http://doku.iab.de/kurzber/2005/kb2205.pdf> zu finden. (Quelle: IAB)

Der Seminar Tipp

„Self-Empowerment – die eigenen Stärken sehen“

Nachdem der zweite Teil der Kooperationsseminare mit dem Büro für staatsbürgerliche Frauenarbeit (Büro F) und der dbb Frauenvertretung Hessen im März dieses Jahres erfolgreich abgeschlossen wurde, bieten wir Ihnen im Jahr 2006 das Seminar „**Self-Empowerment – die eigenen Stärken sehen**“ an. Ziel des Seminarzyklus ist es, Frauen durch aktive Qualifizierung der Weg in Führungspositionen zu erleichtern.

Von Seiten des Büro F wird der Inhalt wie folgt beschrieben:

Üblicherweise werden bestimmte Eigenschaften eher den Frauen, andere eher den Männern zugeschrieben. Diese Eigenschaften erfahren unter verschiedenen Perspektiven unterschiedliche Bewertungen. Bei Personalentscheidungen in Betrieben und Organisationen spielen in den letzten Jahren so genannte weibliche Eigenschaften – wie soziale Kompetenz, Teamfähigkeit, Kreativität und emotionale Intelligenz – eine immer größere Rolle. Vor diesem Hintergrund konzentrieren die Teilnehmerinnen sich auf ihre eigenen Fähigkeiten und Stärken um zu lernen, wie sie diese im privaten und beruflichen Leben aktivieren und bewusst einsetzen können. Unterschiedliche Kommunikationsmodelle werden geübt, mit dem Ziel, einen konstruktiven Verlauf eines Gesprächs oder einer Verhandlung zu bewirken. Besondere Beachtung finden dabei die eigene Körpersprache und Stimme.

Das Seminar findet am Samstag, den 01. April 2006, in der Zeit von 09 Uhr bis 15 Uhr in Wiesbadener Rathaus, Schlossplatz 6, Raum 304 statt. Für die Teilnahme ist ein Betrag von 50 € zu entrichten.

Anmeldungen und Rückfragen richten Sie bitte direkt an das Büro F, Faulbrunnstr. 9, 65 183 Wiesbaden, Tel: 0611/15 78 60, Fax: 0611/15 78 622. Anmeldungen sind auch über das Internet unter www.buero-f.de möglich!



**Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern
frohe Weihnachten und ein gesundes, glückliches und erfolgreiches
Jahr 2006**

dbb frauenvertretung Hessen
Tel.: 0 61 52 / 5 93 99

Impressum

Helene-Stöcker-Str. 12 64 521 Groß-Gerau
Fax: 0 61 52 / 9 41 91 20

Internet: www.dbb-frauen-hessen.de

Verantwortlich (V.i.S.d.P.): Ute Wiegand-Fleischhacker

E-Mail: vorsitzende@dbb-frauen-hessen.de